

Die »dunkle Seite der Zivilgesellschaft« Weniger Empörung, mehr Aufklärung bitte!

Martin Rüttgers

Während in Deutschland die »helle Seite« der Zivilgesellschaft von Rekord zu Rekord immer höherer Engagementquoten eilt (1) und sich hierfür z.B. in Form von Ehrenamtspreisen und Aktionswochen zu Recht selbst feiert, tritt die dunkle(re) Seite der Zivilgesellschaft in Gestalt etwa von Pegida-Märschen, »besorgten Bürgern« und rechtslastig-rassistischen Ehrenamtlern immer offensichtlicher aus dem Schatten von Wahlenthaltung oder Frustration.

Blickt man auf die Ergebnisse des aktuellen Freiwilligensurveys, der das individuelle bürgerschaftliche Engagement regelmäßig im Abstand von 5 Jahren vermisst, so könnte man sich ob der zuletzt stark gestiegenen Engagementquoten bequem und beruhigt zurücklegen in dem Gefühl, dass sich die Gesellschaft zunehmend aktiv in die Gestaltung der Zukunftsherausforderungen einbringt und damit Politik und Verwaltung entlastet. Laut Freiwilligensurvey sind die Engagementquoten in fünf Jahren von 2009 – 2014 um mehr als ein Fünftel gestiegen, und zwar von 35,9 auf nunmehr 43,6 Prozent. Dies bedeutet, dass die Zahl der Engagierten in Deutschland in diesem Zeitraum um mehr als 20 Prozent von 24 auf knapp 31 Millionen angestiegen ist (2).

Tatsächlich zeigt sich die Stärke unserer Zivilgesellschaft gerade etwa in dem für viele überraschend hohen Engagement für geflüchtete Menschen z.B. in den zahllosen Willkommensinitiativen, die seit 2014 und verstärkt dann 2015 wie Pilze aus dem Boden zu schießen schienen. Das Wachstum der Quoten des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich hiermit aber nicht erklären, weil der Freiwilligensurvey nur das individuelle Engagement bis zum Jahr 2014 abgefragt hat. Einen Erklärungsansatz bietet Roland Roth, der die Methoden und die Befragungskriterien des Freiwilligensurveys analysiert hat: »Die Spurensuche führt zu einem neu entwickelten Kriterienkatalog, der Tätigkeiten dann als Engagement wertet, wenn sie aktiv, unentgeltlich, öffentlich und gemeinschaftlich ausgeübt werden. Verzichtet wird dabei explizit auf die Dimensionen »Freiwilligkeit« und »Gemeinwohlorientierung«. Vor allem der Verzicht auf die Gemeinwohldimension ist folgenreich, geht es doch um ein entscheidendes Merkmal der gesamten Engagementdebatte.« (3)

Folgenreich ist jener Verzicht vor allem unter dem Gesichtspunkt des Einordnens von zivilem, bürgerschaftlichem Engagement in Abgrenzung zu unzivilem, exkludierendem oder gar rassistisch-menschenfeindlichem »Engagement«. Es kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass die hohen und ermutigenden Engagementquoten des Freiwilligensurveys zum Teil auch auf entmutigender Zunahme nicht gemeinwohlorientierten Ehrenamts mit braunem Beigeschmack basieren.

Kontrastiert wird der positive Befund des Freiwilligensurveys mit den seit 2014 verstärkt mobilisierenden »Bürgerbewegungen« wie Pegida in Dresden oder ihren Ablegern in zahlreichen Städten dieser Republik. Dieses »dunkle Engagement« korrespondiert ferner mit der stark gestiegenen Anzahl an Angriffen und Übergriffen auf Asylbewerber-Unterkünfte im Jahr 2015 auf über 1000 Straftaten wie Brandstiftung, Hakenkreuz-Schmierereien oder Sachbeschädigungen.

Das Verdienst des Forschungsjournalists neue soziale Bewegungen war es seinerzeit, bereits im Jahr 2008 unter dem Titel »Rechtsradikale Zivilgesellschaft« (4) auf jene dunklen Seiten von »Ehrenamt« und »bürgerschaftlichem« Engagement hinzuweisen und nachzuweisen, dass die Konzeptualisierung des Begriffs Zivilgesellschaft entscheidend ist, um diese Schattenseiten von Engagement analysieren zu können. Begreift man Zivilgesellschaft rein bereichslogisch als Sphäre jenseits von Staat, Wirtschaft und Familie, so ließe sich rassistisch unterlegtes Engagement etwa im Sportverein oder im Elternbeirat bzw. das Wirken rechtsradikaler Vereine (als Organisationen des Dritten Sektors) durchaus als zivilgesellschaftlich definieren. Demgegenüber wird das handlungslogische Konzept von Zivilgesellschaft »als ein Ensemble von Interaktionen verstanden, die auf das Gemeinwohl zielen, gewaltfrei sind und auf der Anerkennung des Anderen beruhen.«(5) Nur unter diesen normativen Bedingungen lässt sich ein »Ehrenamt« eines Rassisten z.B. im Sportverein, der sein Engagement ausschließlich für vermeintliche »Biodeutsche«, nicht aber für Menschen mit Migrationsgeschichte leistet, als Widerspruch zum zivilgesellschaftlichen Engagement begreifen.

Um den analytischen Blick auf unzivile und pseudo-bürgerschaftliche Engagements zu schärfen, fordert Richard Gebhardt eine Konfrontation mit den zahlreichen Widersprüchen rechtspopulistischer »Bürgerbewegungen« an Stelle einer Beteiligung an Empörungsspiralen (6). So richtig und wichtig es ist, klar und eindeutig Position zu beziehen gegen rechte, rassistische und menschenverachtende Einstellungen und Handlungen, so notwendig bleibt es, mit kühlem Kopf ebenjene Widersprüche rechter Bewegungen zu analysieren. Neben den programmatischen Widersprüchen z.B. im Parteiprogramm der AfD (v.a. mit Blick auf deren Positionen zu Finanz-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik sowie zur Verteidigungspolitik) fallen demokratiepolitische Widersprüche ins Gewicht, die stärker gerade auch von der wachsenden »Partizipationsszene« hierzulande thematisiert werden sollten. Dies gilt z.B. für das Eintreten von Rechtspopulisten für mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild bei gleichzeitiger Proklamation des Abbaus von Bürgerrechten und Partizipationsmöglichkeiten für Menschen, die eher artikulatio-
onsschwach und die Diskriminierungen in Deutschland ausgesetzt sind.

Mehr Kooperation wagen!

Neben dem kühlen Kopf zur Analyse ist darüber hinaus mehr praxisbezogene Zusammenarbeit zur Stärkung der (lokalen) Demokratie in Deutschland erforderlich. In diesem Kontext plädiere ich für deutlich mehr Kooperation der Akteure desjenigen Teils der Zivilgesellschaft, der sich für Bürger-, Minderheiten- und Menschenrechte einsetzt. Das bürgerschaftliche Engagement sollte als Brücke zwischen den diversen Milieus, Schichten und Gruppen dieser Gesellschaft fungieren. Damit dieses brückenbauende Engagement in Politik und Gesellschaft wirkungsvoller werden kann, braucht es mehr Wille zur Kooperation und Synergie. Ein Beispiel aus der Praxis soll illustrieren, wo es innerhalb der zivilgesellschaftlichen Akteurs-Szene noch hapert mit Analyse- und Kooperationsbereitschaft:

- **Engagementinfrastruktur:** Die Bedeutung von Infrastruktureinrichtungen, die bürgerschaftliches Engagement fördern, beraten, qualifizieren und entsprechende Projekte entwickeln, wird zu Recht hoch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Forderung nach dauerhafter, langfristiger Finanzierung etwa von Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen oder Mehrgenerationenhäuser an Plausibilität, und es bleibt nach der erfolgten Regierungsbildung abzuwarten, ob die

eingeforderte nachhaltige Finanzierung etwa im Rahmen eines Bundesgesetzes umgesetzt wird. So innovativ diese engagementfördernden Einrichtungen sind mit Blick auf Bereiche wie Bildung, Kultur, Umwelt oder Integration, so unzureichend ist deren Bereitschaft, an zentralen (Bundes-)Programmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus teilzunehmen. Ein Blick etwa in die Zwischenbilanz des Bundesprogramms »Demokratie leben!«, das staatlichen Behörden und Kommunen, aber auch zivilgesellschaftlichen Organisationen beträchtliche Finanzmittel zur Strategie- und Projektentwicklung gegen Rechts zur Verfügung stellt, zeigt eine ernüchternde (Nicht-)Teilnahme der viel gelobten Engagementinfrastruktur. Lediglich eine Freiwilligenagentur, nämlich die in Halle/Saale, partizipiert aktiv am Bundesprogramm (7), obwohl eine wichtige Programmsäule in 265 Kommunen sogenannte »Partnerschaften für Demokratie« etablieren hilft – mithin also die lokale Ebene, an der Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros oder Bürgerstiftungen zunehmend als wichtige Player die Kommunalentwicklung mitgestalten. Der Verfasser dieses Beitrags selbst arbeitet als Berater im Kontext des Bundesprogramms und kann konstatieren, dass leitende Personen der Engagementinfrastruktur oftmals nicht einmal in den ehrenamtlichen Gremien wie z.B. den Begleitausschüssen mitwirken, in denen die Bundesmittel an geeignete Projektträger verteilt werden. Selbst ausdrückliche Einladungen an etliche Freiwilligenagenturen, an Bundes- und Landesprogrammen gegen Rechts etwa als Koordinierungsstelle gestaltend mitzuwirken, erfuhren keine Resonanz.

Perspektiven verstärkter Kooperation

Um die Synergien zwischen den einzelnen demokratiestärkenden Akteurskonstellationen zu verbessern, werden abschließend Perspektiven verstärkter Kooperation skizziert. Zu beachten ist dabei, dass die Akteure vielfach sehr stark versäult innerhalb ihrer jeweiligen Milieus agieren und nur punktuell mit benachbarten Akteursnetzen interagieren,

- **Öffnung von Netzwerken gegen Rechts für Akteure der Engagementförderung in den Bundesländern und in den Kommunen**

In den 16 Bundesländern arbeiten seit rund 10 Jahren sogenannte Beratungsnetzwerke, in denen staatliche und nicht-staatliche zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsame Interventions- und Beratungsstrategien bei rechtsextremen Vorfällen erörtern. Vertreter/innen von Fachressorts der jeweiligen Landesregierungen arbeiten hier auf Augenhöhe mit Landesverbänden und Netzwerken der Zivilgesellschaft zusammen, so z.B. die Dachverbände aus den Bereichen Kultur, Sport, Jugend und Wohlfahrt. Auffällig ist hierbei, dass zentrale Akteure der Engagementförderung zumindest in westdeutschen Beratungsnetzwerken deutlich unterrepräsentiert bzw. nicht vertreten sind. Ähnliches lässt sich für die kommunale Ebene feststellen. In (zu) vielen der 265 lokalen »Partnerschaften für Demokratie« spielen engagementfördernde Einrichtungen kaum eine Rolle. Dies sollte sich grundlegend ändern, zumal das bis Ende 2019 laufende Bundesprogramm »Demokratie leben!« in seiner aktuellen Förderrichtlinie explizit die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und zudem Jugendpartizipation hervorhebt. Der Blick auf die Genese der seit 2001 aufgelegten Bundesprogramme zur Prävention von Rechtsextremismus zeigt, dass es gerade erwünscht ist, die Brücke zu schlagen zwischen den antifaschistischen Initiativen und Bündnissen gegen Rechts und

den auf langfristige Prävention und Empowerment setzenden Projekten für eine starke und vielfältige Demokratie (vor Ort).

■ **»Partizipation dort, wo es wehtut!«**

Analog zur Öffnung von Netzwerken gegen Rechts sollte umgekehrt auch der Versuch unternommen werden, Partizipationsprojekte zu öffnen für Fragestellungen und Bereiche, die besonders heikel oder kontrovers erscheinen und in denen bevorzugt Rechtspopulisten agitieren und hetzen in der Annahme, den »Volkswillen« effektiv mobilisieren zu können. Beteiligungsverfahren und Partizipationsmethoden sollten mithin verstärkt konzipiert und umgesetzt werden z.B. bei Strategien der Integration von Migrant/innen oder auch im Vorfeld der Planungen zu Flüchtlingsunterkünften. In diesen Anwendungsbereichen von Partizipation und Teilhabe liegen zudem ermutigende Beispiele aus der Praxis vor. Als good practice kann auf die sogenannten »Bürgerräte« – als Modellprojekt partizipativer Demokratie im Österreichischen Bundesland Vorarlberg – verwiesen werden. Dieses landesweit organisierte Beteiligungsverfahren wird zweimal jährlich von der dortigen Landesregierung einberufen, um die Vorarlberger Bevölkerung bei wichtigen Fragestellungen der Landesentwicklung einzubinden. So spielte die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen auch in Vorarlberg in den letzten Jahren eine wichtige Rolle. 640 Personen wurden im Juni 2015 aus dem Melderegister per Zufallsprinzip ausgewählt und zum landesweiten Bürgerrat zum Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg eingeladen. In zwei öffentlichen Bürgercafés wurden die Ergebnisse des Bürgerrats der interessierten Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträger/innen präsentiert, diskutiert und um die Eindrücke und Erfahrungen der Anwesenden bereichert. Der Bürgerratsbericht umfasst die Ergebnisse der drei Veranstaltungen und ist damit die Grundlage für die Befassung der Landesregierung mit dem Thema, welche die Ergebnisse zudem an den Landtag und die Vorarlberger Gemeinden weiterleitete. Im Herbst 2015 erfolgte auf Basis dieser Befassung eine ausführliche Rückmeldung zu getroffenen bzw. zu treffenden Maßnahmen von Seiten der Landesregierung.

Die Stimmberechtigten in Vorarlberg haben bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten Ende 2016 mit 62,5 Prozent überdurchschnittlich hoch für den Kandidaten Van der Bellen und gegen den Rechtspopulisten Hofer gestimmt. Inwieweit die Verankerung von Partizipationsverfahren wie dem Bürgerrat in der Landesverfassung korreliert mit diesen vergleichsweise anti-populistischen Wahlergebnissen, wäre eine lohnende Forschungsfrage für künftige empirische Partizipationsstudien und Evaluationen.

Anmerkungen

Dieser Beitrag erschien zuerst im Forschungsjournal Soziale Bewegungen »2017/Heft2: Die neue politische Normalität? Der aufhaltsame Aufstieg des Rechtspopulismus.«

<http://forschungsjournal.de/jahrgaenge/2017heft2>

Bei der vorliegenden Version handelt sich um eine überarbeitete Fassung des Textes.

- (1) Freiwilligensurvey 2014.
- (2) Roland Roth 2016: Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys.
- (3) Roland Roth 2016, S. 2.
- (4) Forschungsjournal NSB, 4/2008.
- (5) Simon Theune: Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adiecto? in: Forschungsjournal NSB, 4/2008, S. 18.
- (6) Richard Gebhardt 2016: »Bitte wählen Sie nicht AfD«. Der hilflose Antipopulismus und die gesplante Republik.
- (7) Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, 2016.

Literatur

- Büro für Zukunftsfragen 2014: Bürgerräte in Vorarlberg. Eine Zwischenbilanz.
- Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen 2008: Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt, Heft 4 /Dezember 2008.
- Richard Gebhardt 2016: »Bitte wählen Sie nicht AfD« – Der hilflose Antipopulismus und die gesplante Republik. In: Helmut Kellershohn / Wolfgang Kastrop (Hrsg.), Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, S. 201–219.
- Klein, Ansgar 2016: Räume der Selbstwirksamkeit als Orte demokratischen Lernens – Herausforderungen der Engagement- und Demokratiepoltik als zivilgesellschaftlicher Strukturpolitik und Gesellschaftspolitik, in: BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 23/2016.
- Roth, Roland 2016: Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014, in: BBE Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 10/2016.

- Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, 2016.
- Theune, Simon 2008: Rechtsradikale Zivilgesellschaft – contradictio in adiecto?, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen: Rechtsradikale Zivilgesellschaft? Neonazis besetzen das Ehrenamt, Heft 4/Dezember 2008.

Autor

Martin Rüttgers, Diplom-Politikwissenschaftler, leitet das Institut für Politikberatung & Forschung in Bad Honnef-Rhöndorf und unterstützt als Berater Kommunen und Landesbehörden bei der Entwicklung von Strategien der Demokratieentwicklung sowie der Prävention von Rechtsextremismus.

Kontakt

E-Mail: info@politikberatung-ruettgers.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de